

Chinas Kommunistische Partei vor Xi Jinpings zweiter Amtsperiode als Vorsitzender

Im Spannungsfeld individueller Machtkonsolidierung und kollektiver Parteitraditionen

Paul Joscha Kohlenberg

Im Herbst 2017 wird die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihren 19. Parteitag abhalten und einen Großteil der Ämter in der Parteiführung neu besetzen. Die vorausgehende Übergangsphase wurde durch offizielle Parteidokumente eingeleitet, die eine Rückbesinnung auf das Ethos des epochemachenden Parteiführers betonen, der »als Kern des Zentralkomitees« (ZK) bezeichnet wird. Xi Jinping – chinesischer Staatspräsident, Generalsekretär der KPCh, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und einer gewachsenen Zahl anderer Parteigremien – erscheint somit vor Ende seines ersten Fünfjahresturnus deutlich mächtiger, als es seinem Vorgänger an der Parteispitze, Hu Jintao, jemals möglich war.

Auf den ersten Blick bestätigen sich damit Spekulationen einiger Beobachter, die eine stetige Zentralisierung politischer Kompetenzen im Portfolio des Parteichefs sowie medial inszenierten Gehorsam der KP-Mitglieder als Indizien für Xis Absicht interpretieren, sich von etablierten Parteikonventionen, wie kollektiver Entscheidungsfindung innerhalb der Parteispitze, abzuwenden und die Macht langfristig zu personalisieren. Weil das Prinzip der kollektiven Führung seit Ende der Mao-Ära politische Stabilität gewährleistet hat, ist es wichtig, dieses Szenario ernst zu nehmen. Allerdings sollte die Widerstandskraft der kollektiven Parteiprozesse nicht unterschätzt werden. Ein offener Bruch mit Parteitraditionen dürfte nicht in Xis Interesse sein.

Mitte November 2016 haben die Vorbereitungen für den 19. Parteitag der KPCh offiziell begonnen. Sollten Enthüllungen ausbleiben, werden externe Beobachter vor Herbst 2017 allerdings kaum erfahren, welche inhaltlichen und personellen Entscheidungen vorgesehen sind. Xi Jinping kann die Zukunft der Partei dabei jedenfalls nicht nach Gusto gestalten – auch wenn die Berichterstattung in China und im Ausland

teilweise diesen Eindruck vermitteln. Der medial inszenierte Gehorsam der Kader sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ein großer Teil der aktuellen Parteielite – weitestgehend unabhängig von Xi – über Jahrzehnte hochgedient hat und weiterhin eigene Interessen vertritt. Das leninistische System der KPCh gibt Xi Jinping zwar scharfe politische Waffen an die Hand, mit denen er Kontrahenten (etwa durch

Korruptionsermittlungen) ausschalten kann. Ungeachtet dessen aber ist die große, diffuse Gruppe amtierender und ehemaliger Parteiführer in der Lage, über innerparteiliche Netzwerke Diskurs und Abstimmungsverhalten im ZK zu beeinflussen – und somit auch Einfluss auf die wichtigen Entscheidungen über das Personal des nächsten Politbüros zu nehmen.

Theoretisch ist denkbar, dass Xis Lager versuchen könnte, abweichende Stimmen zu ignorieren. Allerdings begründen (neben substantiellen Faktoren wie Stabilität und Wirtschaftswachstum) auch Kontinuität und verantwortungsvoller Umgang mit dem historischen Erbe der Partei die Legitimität des Generalsekretärs. Insofern sind dramatische Änderungen etablierter Prozeduren weniger wahrscheinlich als gradueller Wandel. Xis Antikorruptionskampagne hat über die letzten Jahre in weiten Teilen der Partei existenzielle Ängste hervorgerufen. Darum ist schwer vorstellbar, dass er einen offenen Bruch mit der Parteiorthodoxie (die er bislang vom Rest der Partei eingefordert hat) riskieren könnte. Denn ungeachtet aller harten Druckmittel ist Xi von lokaler Politikimplementierung abhängig, um seine ehrgeizigen innenpolitischen Pläne zu verwirklichen. Missachtung parteiinterner Interessengruppen könnte dazu führen, dass seine Initiativen in einer demotivierten Bürokratie ausgebremst werden.

Der Parteitag als Kristallisationspunkt informeller Institutionen

Im Kontext des seit Ende der Mao-Ära regelmäßig (etwa alle fünf Jahre) einberufenen Parteitags manifestieren sich verschiedene informelle Prozesse und Vereinbarungen – beispielsweise hinsichtlich des altersbedingten Abgangs von Führungskadern. Im Herbst sind wohl – mit Ausnahme von Xi Jinping und Premier Li Keqiang – alle weiteren Sitze im Ständigen Ausschuss des Politbüros neu zu besetzen. Diese Veränderungen sind langfristig kalkulierbar und werden zum Bestandteil eines großen informellen Verhandlungspakets, auf das sich

die Partieliten vor dem kommenden Parteitag einigen müssen. Zwar gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Xi versuchen könnte, die Vereinbarung über das Pensionsalter so abzuändern, dass er engste Vertraute (insbesondere den Anti-Korruptionszar Wang Qishan) im Politbüro zu halten vermag. Dies verlangt aber wohl Zugeständnisse an anderer Stelle.

Im Vorfeld des Parteitags geht es wesentlich auch um inhaltliche Fragen der Politikausrichtung. Im Parteitagsreport sind für die nächsten fünf Jahre die autoritativen Leitlinien für alle Politikbereiche festzulegen. Der Report wird bis zum Herbst in Hunderten vorbereitenden Sitzungen von verschiedensten Akteuren vorformuliert; er ist insofern ein hochgradig institutionalisiertes Konsensprodukt. Die Vertretung von Partikularinteressen ist Teil der Verhandlungen. Die ausführliche Vorbereitung des Reports in spezialisierten Themengruppen ermöglicht jedoch Politikansätze, die eine effiziente *Umsetzung* (teilweise bereits bestehender Reformpläne) vereinfachen. Beispielsweise müssen parteiinterne Differenzen über die Priorisierung mittelfristiger Wachstumsziele gegenüber langfristigen Reformen der Staatsunternehmen beigelegt werden.

Wie der Volkswirt Barry Naughton aufgezeigt hat, wurde die wirtschaftspolitische Entscheidungskompetenz Premier Li Keqiangs in letzter Zeit graduell von Führungskleingruppen der Partei (in Xis direktem Einflussbereich) überlagert; daraus resultierten widersprüchliche Anweisungen und Ineffizienzen. Dabei ist wohl ein wichtiger Faktor, dass Xi im Jahr 2021 (zum 100. Geburtstag der KPCh) die Erfüllung des »Jahrhundert-Ziels« einer Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Wert von 2010 verkünden möchte. Für Premier Li – ein Schützling Hu Jintaos – ist Xis Ernennung zum »Kern des ZK« daher wohl besonders nachteilig. Sein Mentor wurde, als nunmehr einziger länger amtierender Parteichef ohne »Kern«-Status, implizit abgewertet.

Gradueller Machtausbau

Vor dem Parteikongress ist die Semiotik des neuen Kern-Status für Xi Jinping aus mindestens zwei Gründen dienlich. Erstens wird eine öffentliche Erwartungshaltung erzeugt, die es Xi ermöglicht, seine Ziele und Wunschkandidaten für die Nachfolge jener Genossen in Politbüro und ZK offensiv zu präsentieren, die in den Ruhestand gehen. Kompromisse kann er als Geste der ausgestreckten Hand präsentieren und gleichwohl den Anspruch geltend machen, dass beförderte Spitzenkader ihren Karriereprung ihm persönlich zu verdanken haben. Zweitens kann Xi auf diese Weise insbesondere den unteren Verwaltungsebenen signalisieren, dass seine Anweisungen von der Partei als Ganzes getragen werden müssen und kein Raum zum Lavieren vorhanden ist.

Dabei ist seine Aufwertung zum »Kern« keine Zäsur, denn Xi wurde seit Amtsantritt – wiederum in direktem Kontrast zu Hu Jintao – als starker, umfassend agierender Führer in Szene gesetzt. Die Parteieliten hatten dies von Anfang an so gewollt. Xis robustes Führungsmandat war mit dem Wunsch verknüpft, verloren geglaubte Effizienz und Durchschlagskraft der KP zurückzuerlangen. Ein Führerkult war allerdings nicht vorgesehen. Xi konnte seine starke Ausgangsposition umgehend nutzen, um seine treuesten Gefolgsleute an den Schaltstellen der Partei zu platzieren, zum Beispiel der Personalverwaltung. Für aufstrebende Karrieristen in der Partei wurde es insofern immer plausibler, in öffentlich wirksamen Handlungen ihren Gehorsam gegenüber Xi zur Schau zu stellen.

Das Selbstverständnis der modernen KPCh beruht zu einem wesentlichen Teil auf einer Abgrenzung von der persönlichen Macht, wie sie Mao ausgeübt hatte – insbesondere in der Kulturrevolution. Bislang war unter anderem eine im Jahr 1980 verfasste Vorschrift über Prinzipien des Parteilebens beispielhaft für die Besinnung auf »hervorragende Traditionen« wie den demokratischen Zentralismus oder die kollektive Führung durch die oberste Parteispitze. Für die mehr als 80 Millionen Parteimitglieder

drückt sich der demokratische Zentralismus allerdings weniger darin aus, dass sie aus ihrer Mitte in den kommenden Monaten etwas mehr als 2000 Abgeordnete wählen werden – im Herbst haben diese per Abstimmung auch einen gewissen Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten für das 19. ZK, die von der Parteispitze vornominiert werden. Stattdessen geht es nach ihrem Verständnis bei diesem Prinzip vorrangig darum, dass die Beschlüsse von oben ohne Abstriche umgesetzt werden. Als Faktor, der die Parteistruktur legitimieren soll, hat der demokratische Zentralismus zudem eine ideelle Bedeutung. Denn innerhalb der Partei soll – phasenweise – das Recht auf breite Mitsprache und Kritik gelten. (Mit wenigen Ausnahmen ist dieses Ideal in der Praxis nur in geringem Maße wirksam.)

Für die Partei wird eine gewisse Form der Koexistenz von Hierarchie (offizieller Rang) und Gleichheit (als Parteigenosse) postuliert, die das parteiinterne Demokratieverständnis entscheidend prägt. Aus diesem Grunde wird jedwede rhetorische Abkehr vom Prinzip der Gleichheit zwischen Genossen der Partei sehr sensibel wahrgenommen.

Im Rahmen des letzten ZK-Plenums wurde die Vorschrift über Prinzipien des Parteilebens von 1980 überarbeitet und in geänderter Version verabschiedet. Während das Thema kollektive Führung zentral bleibt, bringt die neu eingeführte Sprachregelung in der Formel »Zentralkomitee mit dem Genossen Xi Jinping als Kern« den Dualismus zum Ausdruck, der dem leninistischen System der KPCh innewohnt: Zum einen repräsentiert der Generalsekretär das Zentrum der Führung, deren Entscheidungsmacht von oben nach unten reicht. Zum anderen soll die Macht des Parteichefs aber nicht individuell begründet sein, sondern sich aus der Parteiorganisation ableiten.

Parteiorthodoxie begrenzt Xis Handlungsrahmen

Im Rückblick auf das Jahr 2016 lässt sich auch an der Vorgeschichte von Xis Aufwertung zum »Kern« des ZK deutlich

machen, dass die Parteiprinzipien weiterhin eingehend wirken. Parteikonventionen zufolge dürfen nur die in Parteidokumenten kollektiv beschlossenen Sprachregelungen (*tifa*) als autoritative Eckpunkte des politischen Diskurses fungieren.

Ende Januar 2016, im Rahmen einer Politbürositzung, wurde zunächst nur der Begriff des »Kern-Bewusstseins« als eines von »vier Bewusstseinstypen« (*si ge yishi*) in den offiziellen Parteidiskurs eingeführt; auch wenn einzelne Provinzfürher bereits seit Anfang Januar, in jeweils leicht abweichender Wortwahl, Xi als »Kern« bezeichnet hatten. Im Frühjahr 2016 wurden chinesische Medien wohl von Propagandaorganen angewiesen, diverse neuartige Bezeichnungen für den Parteichef nicht mehr zu verwenden: Wie Alice Miller von der Hoover Institution gezeigt hat, wurde Xi nach März deutlich seltener als »Kern« bezeichnet. Im April ist Xi – zum Abschluss weitgehender Militärreformen – in den Staatsmedien ein paar Tage lang neben seinen gängigen Amtsbezeichnungen auch als »Oberkommandeur« (*Zongzhu*) des neuen übergreifenden Kommandozenrums titulierte worden – ein Titel, der nach wenigen Tagen wieder in der Versenkung verschwand. Medienberichten zufolge wurde ungefähr zur gleichen Zeit angeordnet, den populistischen Beinamen »Xi Dada« – entspricht »Vater Xi« oder »Großer Xi« – nicht mehr in den Vordergrund zu stellen. (Dieser Beiname, Ausdruck des in der Gesellschaft um sich greifenden Personenkults, war zu diesem Zeitpunkt schon seit längerem aus der Internetsprache in den offiziellen Propagandadiskurs übergeschwappt.)

Derlei verbale Rückzieher wurden wahrscheinlich von internen Diskussionen über die Möglichkeit beeinflusst, Xi zum »Kern« der Parteiführung aufzuwerten. Xi und seinen Beratern ist möglicherweise bewusst geworden, dass eine gleichzeitige Profilierung als »Kern« der Partei, neuartiger »Oberkommandeur« und volksnaher »Vater« in der Partielite als Tabubruch wahrgenommen werden könnte. Und dies nicht zuletzt, weil die Ablehnung von »Individuums-

Verehrung« (*geren chongbai*) nach wie vor im Kanon der offiziellen Partei-Formulierungen verankert bleibt. Als Erklärung ist aber auch eine direkte Gegenreaktion aus jenen Kreisen der Partei vorstellbar, die der persönlichen Machtfülle ihres Parteichefs kritisch gegenüberstehen. In beiden denkbaren Fällen müsste klargestellt worden sein, dass wichtige Sprachregelungen kollektiv beschlossen werden müssen.

Ausblick

Mit Blick auf die Zeit nach dem 19. Parteitag sind Vermutungen sicher nicht aus der Luft gegriffen, dass Xis Macht ausgeweitet und personalisiert wird. Sollte Xi das nächste Politbüro nahezu vollständig mit engen Vertrauten besetzen – und gar ohne einen plausiblen persönlichen Nachfolger zu installieren –, würde das für die Parteispitze geltende Prinzip der kollektiven Führung durch Xis individuelle Machtfülle ad absurdum geführt. Allerdings werden große Teile der Partieliten (inklusive bereits abgetretener Parteigranden) Xi keine Carte blanche für künftige Weichenstellungen geben wollen.

Die entscheidende Frage ist aber weniger, ob Xi einen Bruch mit Parteikonventionen herbeiführen kann, sondern ob er dies will. Sowohl für externe Beobachter als auch für Xi selbst wären die Reaktionen innerhalb der Partei schwer vorherzusehen. Langfristig würden als Folge einer solchen Schwächung des innerparteilichen Institutionalisierungsprozesses destruktive Machtkämpfe wahrscheinlicher – und damit eine Destabilisierung des Systems.

Mit größerer Sicherheit lässt sich hingegen feststellen, dass der neue Status als »Kern« zumindest eine langfristige Präsenz Xis, beispielsweise als über der Partei schwebende Eminenz, legitimieren wird. Ein komplettes »Abtauchen« Xis nach zwei Amtsperioden – entsprechend dem Vorbild Hu Jintaos – ist folglich unwahrscheinlich.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364